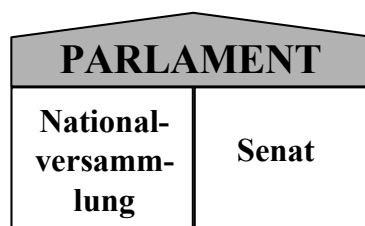


DAS PARLAMENT DER V. REPUBLIK **BESTELLUNG - ORGANISATION - FUNKTION - BEDEUTUNG**

Nach der Handlungsunfähigkeit des französischen Staates gegenüber den Herausforderungen seit 1945 (soziale Spannungen, bankrotte Staatskassen, Entkolonialisierungsprozeß mit militärischer Niederlage in Indochina und Armeeputsch in Algerien) übertrug die Regierung 1958 General DE GAULLE die Regierungsgeschäfte, welcher einen Verfassungskonvent mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragte. Das Inkrafttreten der Verfassung am 4. Oktober 1958 markiert den Beginn der »**V. Republik**«. Im Unterschied zu den Verhältnissen der III. und IV. Republik mußte das Parlament seine traditionell herausragende Stellung zugunsten einer Stärkung der Regierung abgeben. Diese neue Auffassung von der Rolle des Parlaments resultierte aus den Erfahrungen der krisenanfälligen III. und IV. Republik, in denen aufgrund des zersplitterten Parteiensystems die Regierung im Parlament über keine ausreichende Basis für die Durchsetzung ihrer Politik verfügte und mit der ständigen Gefahr eines Regierungssturzes bedroht war.

⇒ Das Prinzip der reglementierten, auf Effizienz und Zweckmäßigkeit bedachten Einbindung der Parlamentsgewalt in das Staatsgefüge wird »*parlementarisme rationalisé*« genannt.

Das Parlament besteht aus zwei Kammern, der **Nationalversammlung** (*Assemblée nationale* mit Sitz im Palais Bourbon) und dem **Senat** (*Sénat* mit Sitz im Palais du Luxembourg):



I. WAHL UND ZUSAMMENSETZUNG DES PARLAMENTS

Nationalversammlung	Senat
<ul style="list-style-type: none"> • besteht aus 577 Abgeordneten • wird in allgemeiner und direkter Mehrheitswahl in Einpersonenwahlkreisen gewählt (erreicht keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, schließt sich ein zweiter Wahlgang an, in dem die relative Mehrheit genügt) → Wahlsystem wirkt angesichts des fragmentierten Parteiensystems mehrheitsbildend [Art. 24 <i>Constitution</i>] • die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre • aktives Wahlrecht für alle Franzosen ab 18 Jahre, passives Wahlrecht ab 23 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> • besteht aus 321 Senatoren • wird in indirekter Wahl von einem Wahlmännergremium bestehend aus gemeindlichen Funktionsträgern gewählt (pro Departement i.d.R. 1-5 Senatoren) [Art. 24] • die Wahl findet alle drei Jahre für ein Drittel der Senatoren statt (Teilerneuerung) • aktives Wahlrecht für alle Franzosen ab 18 Jahre, passives Wahlrecht ab 35 Jahre

II. ORGANISATION UND ARBEITSWEISE DES PARLAMENTS

Nationalversammlung und Senat

- die maximale **Sitzungsdauer** beider Kammern beträgt 120 Tage (innerhalb der Periode vom ersten Werktag im Oktober bis zum letzten Werktag im Juni) [Art. 28]
- **zusätzliche Sitzungstage** durch Beschluß des Premierministers oder der Mehrheit jeder Kammer
- eine **außerordentliche Sitzungsperiode** mit feststehender Tagesordnung findet auf Antrag des Premierministers oder der Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung statt (die Einberufung und Schließung erfolgt durch den Staatspräsidenten) [Art. 29]
- beide Kammern geben sich eine eigene **Geschäftsordnung**, in der die Sitzungstage und Sitzungszeiten festgelegt werden. Die **Tagesordnung** wird von der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden festgelegt (die allerdings eine Einschränkung hinsichtlich der Priorität der Beratung von Gesetzesentwürfen, die von der Regierung vorgelegt wurden, enthält [Art. 48])
- beide Kammern wählen ein eigenes **Präsidium**, das für die Organisation der Parlamentsarbeit zuständig ist
- die Parlamentsmitglieder können sich in **Fraktionen** organisieren, sofern sie sich in einer Mindeststärke von 20 Mandatsträgern zusammenfinden
- jede Kammer bildet (maximal) sechs **ständige Ausschüsse**, wobei jedes Parlamentsmitglied nur *einem* Ausschuß angehören darf
 1. Ausschuß für kulturelle Angelegenheiten, Familie und Soziales, 2. auswärtige Angelegenheiten, 3. nationale Verteidigung und Streitkräfte, 4. Finanzangelegenheiten, allgemeine Wirtschaft und Wirtschaftsplanung,
 5. Verfassungsgesetze, Gesetzgebung und allgemeine Verwaltung der Republik, 6. Produktion und Handel
- die Sitzungen beider Kammern sind i.d.R. **öffentlich** (sofern nicht der Premierminister oder mindestens ein Zehntel der Mandatsträger das Gegenteil beantragen) [Art. 33]

III. AUFGABEN UND BEFUGNISSE DES PARLAMENTS

Nationalversammlung und Senat

- dem Parlament obliegt die Abstimmung und Beschließung von **Gesetzesentwürfen** der Regierung (insbesondere jährliche Abstimmung über das *Haushaltsgesetz* und *Programmgesetze*, die die Ziele und den Rahmen des wirtschaftlichen, sozialen und verteidigungspolitischen Handelns des Staates bestimmen) [Art. 34]
- das Parlament besitzt das Recht der **Gesetzesinitiative** (Gesetzesvorschlag) [Art. 39]

Beide Kammern sind im Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt, d.h. die Zustimmung für einen Gesetzesentwurf oder-vorschlag *beider* Kammern ist notwendig. Kommt es zu keiner Einigung, wird ein **Vermittlungsausschuß** eingesetzt. Erzielt auch dieser keinen Kompromiß, so kann die Regierung nach erneuter Lesung in beiden Kammern bestimmen, daß die *Nationalversammlung* das endgültige Votum fassen soll [Art. 45]
- das Parlament besitzt das Recht zur Initiative von **Verfassungsänderungen**. Dazu bedarf es einer zwei Drittel Mehrheit beider Parlamentskammern und einer anschließenden Bestätigung durch Plebiszit, oder, auf Wunsch des Präsidenten, einer drei Fünftel Mehrheit des gemeinsam als Kongreß tagenden Parlaments [Art. 89]

- das Parlament nimmt **Kontrollbefugnisse** gegenüber der Regierung wahr. Beide Kammern sind in dieser Hinsicht gleichberechtigt (vgl. aber unten »Mißtrauensvotum«).

1. mündliche Anfragen, 2. schriftliche Anfragen, 3. Regierungserklärung mit Aussprache, 4. Informationsgremien, 5. Untersuchungsausschüsse

Nationalversammlung	Senat
<ul style="list-style-type: none"> • die Nationalversammlung kann die Regierung durch die Annahme eines Mißtrauensantrags zum Rücktritt zwingen (der Antrag muß von mindestens einem Zehntel der Abgeordneten unterstützt werden, die Abstimmung darf erst 48 Stunden nach Einbringung des Antrags stattfinden. Die Annahme ist an die absolute Mehrheit geknüpft; es zählen nur die Ja-Stimmen) [Art. 49] 	<ul style="list-style-type: none"> • der Senat ist die Vertretungskörperschaft der Departements und Gemeinden (und der überseeischen Gebiete) [Art. 24] • der Senatspräsident übt im Falle der Vakanz des Staatspräsidentenamtes oder der Verhinderung des Staatspräsidenten dieses Amt vorübergehend aus [Art. 7]

IV. BEDEUTUNG DES PARLAMENTS UND STELLUNG INNERHALB DES VERFASUNGSGEFÜGES

Nationalversammlung und Senat	
<ul style="list-style-type: none"> • eingeschränkte Sitzungsperiode (120 Tage) führt zu eingeschränkten Kontrollmöglichkeiten • Begrenzung auf maximal sechs ständige Ausschüsse pro Kammer (nach den Erfahrungen mit der Aushöhlung der Ministerialbürokratie durch unzählige Fachausschüsse in der III. und IV. Republik) • weitreichende Handlungsmöglichkeiten der Regierung während des Gesetzgebungsverfahrens: <ul style="list-style-type: none"> • Anfechtung der Parlamentszuständigkeit (Gesetze ↔ Verordnungen) • Unzulässigkeitserklärung seitens der Regierung für parlamentarische Gesetzesvorlagen, die eine Verminderung der öffentlichen Einnahmen bzw. Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zur Folge hätten [Art. 40] • die Regierung kann eine GesamtAbstimmung verlangen, die nur die von ihr akzeptierten Änderungsvorschläge berücksichtigt [Art. 44] • Einschränkung der Tagesordnungsautonomie des Parlaments durch die Regierung (höhere Priorität für Gesetzesentwürfe der Regierung; Festlegung der Abstimmungsreihenfolge) [Art. 48] 	
Nationalversammlung	Senat
<ul style="list-style-type: none"> • der Staatspräsident hat das Recht zur Auflösung der Nationalversammlung und zur Ansetzung von Neuwahlen (allerdings nur einmal im Jahr) [Art. 12] • Verbindung eines eingebrachten Gesetzesentwurfs mit der Vertrauensfrage → Premierminister übernimmt politische Verantwortung für die Abstimmung über einen Gesetzesentwurf. Erfolgt kein Mißtrauensantrag, gilt der Entwurf als angenommen [Art. 49] 	<ul style="list-style-type: none"> • der Senat kann vom Präsidenten nicht aufgelöst werden • Wahlverfahren, Mandatsdauer und Unauflösbarkeit ergeben eine große politische Stabilität des Senats (Institution, die die kontinuierliche Arbeitsfähigkeit der Staatsorgane sichert)

V. LITERATUR

- Jürgen Hartmann, Westliche Regierungssysteme. Parlamentarismus, präsidentielles und semi-präsidentielles Regierungssystem, Opladen 2000, S. 175-181.
- Günther Haensch/Hans J. Tümmers, Frankreich. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, München 1998, S. 146-160.
- Rainer Grote, Das Regierungssystem der V. französischen Republik. Verfassungstheorie und -praxis, Baden-Baden 1995, S. 62-201.
- Assemblée nationale (Hg.), Die gesetzgebende Rolle der Nationalversammlung, <http://www.assemblee-nationale.fr/deutsch/8cg.asp>.
- Assemblée nationale (Hg.), Die Kontrolle der Regierungsarbeit, <http://www.assemblee-nationale.fr/deutsch/8ch.asp>.
- Assemblée nationale (Hg.), Die Organisation der Nationalversammlung, <http://www.assemblee-nationale.fr/deutsch/8cf.asp>.
- Sénat (Hg.), Die Kontrolle über die Regierungsgeschäfte, <http://www.senat.fr/deutsch/role/control.html>.
- Sénat (Hg.), Der Senat und das Gesetz, <http://www.senat.fr/deutsch/role/senatloi.html>.
- Assemblée nationale/Ministère des Affaires étrangères (Hg.), Verfassung vom 4. Oktober 1958, <http://www.assemblee-nationale.fr/deutsch/8cb.asp>.